

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

[post_category]

Autor*in: [post_coauthors]

Landwirtschaft ohne Bäuer*innen?



Kleinbäuerliche Produzent*innen sorgen für 70 Prozent der Nahrung weltweit. Dennoch liegt der Fokus von Regierungen auf den Interessen weniger großer Konzerne. © Marina Wetzlmaier

Philippinen: Die globale Ernährungskrise ist eine Folge der industriellen Landwirtschaft. Aktivist Joseph Purugganan spricht im Interview über die Auswirkungen der ‚Grünen Revolution‘ und ihre kontinuierliche Anwendung bis heute.

Lebensmittelknappheit, Preise auf Rekordhöhe, steigender Hunger. International scheint es Einigkeit darüber zu geben, dass sich die Welt in einer Ernährungskrise befindet. Die vorherrschende Meinung sieht drei Hauptgründe dafür: [die COVID-19-Pandemie, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den Klimawandel](#). Für die NGO *Focus on the Global South* geht diese Analyse nicht weit genug: „Wir sehen eine Krise der industriellen Landwirtschaft“, sagt Joseph Purugganan, Programmkoordinator von *Focus on the Global South Philippines*. In einem Dossier

unter dem Titel [The Global Food Crisis, this time](#) widmet sich die Organisation den systemischen und strukturellen Gründen der Ernährungskrise. Joseph Purugganan schildert im Interview die Situation in den Philippinen.

südostasien: Wie reagiert die philippinische Politik auf die aktuelle Ernährungskrise?

Joseph Purugganan: In vielen Teilen der Welt, auch in den Philippinen, drückt sich die Krise in höheren Lebensmittelpreisen aus. [Der neu gewählte Präsident Ferdinand Marcos Jr.](#) ist zugleich Landwirtschaftsminister. Das ist eine politische Botschaft. Einerseits wurde die Bewältigung der Krise zur Chefsache erklärt. Es gibt Bemühungen, das Budget für die Landwirtschaft und die Produktion zu erhöhen. Dafür wurden die Programme *Masagana 150* und *Masagana 200* ins Leben gerufen, die vor allem die Reisproduktion ankurbeln sollen.

Unser Interviewpartner:



© Joseph Purugganan

Joseph Purugganan ist Koordinator des Philippinen-Programms von [Focus on the Global South](#), einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Bangkok und Büros in Neu Delhi und Manila. Die Organisation ist eng verbunden mit sozialen Bewegungen in Asien, für die sie Analysen erarbeitet und Alternativen für einen gerechten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel entwickelt.

Mit welchen Mitteln soll die Produktion gesteigert werden?

Die Programme sehen vor allem den Einsatz hybrider Sorten vor. Das ist eine Rückkehr zur Landwirtschaftspolitik von Marcos Sr. in den 1970er-Jahren, die Zeit der ‚Grünen Revolution‘. Damals hat alles begonnen. Die ‚Grüne Revolution‘ hat die Bäuer*innen vom Einsatz chemischer Mittel abhängig gemacht. Die Folgen sehen wir heute: schlechtere Bodenqualität und die Schwierigkeiten in Bezug auf den Klimawandel.

Grundsätzlich ist es zwar gut, dass die Landwirtschaft Aufmerksamkeit bekommt, aber die Lösungsansätze gehen in eine wirtschaftsorientierte Richtung.

Ein Kernproblem, das ungelöst bleibt, ist außerdem die Agrarreform. Sie ist ein unerfülltes Versprechen. Das Agrarreformprogramm endete im Jahr 2014, obwohl es landwirtschaftliche Flächen gibt, die noch nicht erfasst worden sind. Es bräuchte ein neues Gesetz. Entwürfe dazu liegen im Kongress und im Senat bereits vor, aber sie fokussieren sich darauf, wie Land produktiver bewirtschaftet werden kann. Das ist wichtig, aber auch die Umverteilung muss weitergeführt

werden. Außerdem werden in den Diskussionen große Probleme nicht angesprochen: verstärkter Landraub sowie die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in Siedlungs- und Tourismusgebiete.

Agrarreform Philippinen

Seit Ende des 2. Weltkriegs hat es in den Philippinen mehrere Programme zur Agrarreform gegeben, um die großen Flächen im Besitz einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzer*innen an landlose Bäuer*innen, die als abhängige Pächter*innen wirtschaften, umzuverteilen.

Die letzte großangelegte und umstrittene Reform (*Comprehensive Agrarian Reform Program - CARP*) begann 1988 und endete 2014. Zu ihrem Beginn verfügten zwei Prozent der Bevölkerung über 36 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auf dem Besitz der 15 reichsten Familien wurde zumeist mittels Pachtsystem oder Plantagenwirtschaft über die Hälfte des damaligen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. CARP sah vor, den Besitz von landwirtschaftlicher Nutzfläche auf fünf Hektar pro Eigentümer*in zu beschränken und alles weitere Land an Landlose zu verteilen sowie Unterstützung zur produktiven Nutzung zu gewähren. Rund 10 Millionen Hektar Land sollten von CARP erfasst werden.

Laut amtlichen Angaben wurden 8,2 Millionen Hektar an 5,4 Millionen neue Besitzer*innen verteilt. Diese Angaben sind allerdings zweifelhaft, denn wenigstens drei Millionen Hektar wurden durch offizielle Umwidmung der Nutzung (als Weideland, für Anbau von Biodiesel etc.) von der Reform ausgenommen und über 600.000 Hektar waren 2014 noch nicht verteilt. An Unterstützung wurden im Durchschnitt rund 56 Euro oder 5 Sack Dünger pro Neubesitzer*in in der Spanne von 18 Jahren gewährt. Kann das Land nicht produktiv bearbeitet werden, wird der Besitztitel laut Gesetz wieder aberkannt.

zusammengestellt von Jörg Schwieger

Das Agrarreformgesetz von 1988 ist zustande gekommen, weil die Zivilgesellschaft stark dafür mobilisiert hat. Welche Handlungsräume hat sie heute, um politische Entscheidungen zu beeinflussen?



In der Provinz Quezon wird Reis gepflanzt. © Marina Wetzlmaier

Derzeit ist es sehr schwierig. Landrechtsorganisationen hatten in den vergangenen Jahren mit vielen Bedrohungen zu kämpfen, angefangen mit massivem Landraub und Umwidmungen bis zu Drohungen gegen Bäuer*innen und Landrechtsverteidiger*innen. Vormalig starke Bauernorganisationen, die sowohl auf lokaler als auch auf nationaler politischer Ebene Einfluss nehmen konnten, erleben eine Demobilisierung. Das hat verschiedene Gründe: die erwähnten Bedrohungen, die Pandemie und die verstärkte Militarisierung und Aufstandsbekämpfung auf dem Land.

Die Situation hat sich in den vergangenen sechs Jahren unter der Regierung Duterte verschlechtert. Laut [einem Bericht von Global Witness](#) gehören die Philippinen zu den tödlichsten Ländern für Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen.

Eine weitere Herausforderung ist das vorherrschende Verständnis von Entwicklung. In früheren Diskursen war die Landfrage eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es wurde damit argumentiert, dass jene Bäuer*innen, die Agrarflächen bewirtschaften, diese auch besitzen sollten. Mittlerweile wurde das Argument der sozialen Gerechtigkeit von jenem der Wirtschaftlichkeit ersetzt. Es geht nur mehr darum, wie man den größten Profit erzielen kann: Sollen dafür Agrarflächen erhalten bleiben oder ist es profitabler, wenn sie anders genutzt werden?

Das sind die großen Herausforderungen, mit denen Landrechtsbewegungen zu kämpfen haben. Aber es gibt auch positive Entwicklungen, wie die [Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbäuer*innen](#), die Organisationen wie *Via Campesina* als Grundlage für ihre Arbeit nutzen.

Welchen Einfluss haben multilaterale und internationale Finanzinstitutionen in den Philippinen?



Reisernte in der Provinz Quezon. Ernteabfälle werden verbrannt. © Marina Wetzlmaier

Viel Aufmerksamkeit wird dem Thema „Innovation für die Zukunft der Landwirtschaft“ gewidmet, etwa neue Technologien, das Internet der Dinge, künstliche Intelligenz oder [Digitalisierung](#). Dahin geht der aktuelle Trend. Sogar die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) hat ein Programm zur *Förderung von klimaschonender Landwirtschaft und Produktionssteigerung*. Bäuer*innen fordern hingegen unverändert eine Agrarreform und finanzielle Unterstützung.

Da sehen wir also eine große Diskrepanz: Auf der einen Seite das Streben nach Innovation, das aber zu einer Landwirtschaft ohne Bäuer*innen führen wird. Das ist keineswegs mehr Science Fiction. Die große Herausforderung in der Zukunft ist die Frage, ob diese Innovationen und neuen Technologien jene Nahrung produzieren können, die wir brauchen. Auf der anderen Seite: was wird mit den Kleinbäuer*innen? Seit so vielen Jahren sind es kleinbäuerliche Betriebe, die die Welt ernähren. [Anm. d. R.: [Kleinbäuerliche Produzent*innen sorgen für rund 70 Prozent der Nahrung weltweit](#)] Dennoch liegt der Fokus auf den Interessen weniger großer Konzerne.

Das heißt, diese Innovationen gehen an den Lebensrealitäten der Kleinbäuer*innen vorbei?

Ich glaube, wenn man ihnen die Chance und die Unterstützung gibt, können die Bäuer*innen sehr wohl neue Technologien nutzen, um ihre Produktion und ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Dazu müssen die Technologien aber tatsächlich in ihren Händen liegen und nicht in jenen der großen Konzerne.

Gibt es dafür Ansätze?

Nein. Mehr Produktion, aber mit weniger Ressourcen – das ist die vorherrschende Idee. Dafür sind große Agrarflächen nötig, was ein Argument gegen die Umverteilung im Rahmen einer Agrarreform darstellt. Anstatt Land umzuverteilen, bräuchte man laut diesem Modell nur bestehende Agrarflächen produktiver zu machen – mit dem Einsatz von Gentechnik oder mittels Digitalisierung. Das ist nicht im Interesse der kleinbäuerlichen Betriebe, sondern fördert die industrielle Landwirtschaft.

Internationale Finanzinstitutionen sprechen viel von „klimafreundlichen Investitionen“. Ist das alles nur *green washing*?



Ehemalige Pächter*innen erhalten ihre Landtitel im Rahmen der Landreform auf der Bondoc Halbinsel, Provinz Quezon. © Katarungan

Auch das philippinische Landwirtschaftsministerium will „klimaschonende Technologien“ fördern. Ich habe mir die Details noch nicht angesehen. Aber, wie erwähnt, ist die aktuelle Politik stark wirtschaftsorientiert. Beispielsweise wurde ein Beratungsgremium ins Leben gerufen, das große philippinische Konzerne als Partner vorsieht. Für den Bereich Ernährung etwa soll ein Immobilienkonzern beratend tätig werden. Grob betrachtet, stimme ich der Aussage zu, dass die

Rede von Investitionen in klimaschonende Landwirtschaft wirklich nur *green washing* ist und die aktuelle Politik eher dazu dient, die Tore für Konzerninteressen zu öffnen.

Welche Lösungen und Forderungen gibt es von Seiten der Zivilgesellschaft?

Zum einen geht es darum, die Liberalisierung der Wirtschaft abzuwehren. Zum anderen haben alte Forderungen weiterhin Gültigkeit: staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft, die Weiterführung der Agrarreform, Infrastruktur wie Straßen oder Bewässerungssysteme. Diese Forderungen gibt es seit Jahren. Doch statt ihnen nachzugehen, hat die Regierung über Jahre die Landwirtschaft vernachlässigt. Jetzt ist Landwirtschaft wieder in den Fokus gerückt; was gut ist, aber auch Gefahren birgt. Denn wie auf der globalen Ebene, wo von einer Transformation der Ernährungssystems die Rede ist, stellt sich die Frage: in wessen Interesse?

Zum Weiterlesen

[Mabi David: Bioanbau mit Solidarität und Vertrauen](#)

[Anett Keller: "Unser Garten ist ein Bildungsort"](#)

[M. Schlicher, M. Tschanz: Timor-Leste - ökologischer Landbau im Irgendwo](#)

[Adibah Abd Wahab: Ein Projekt zur Selbstversorgung: Chalin Food Forest](#)

[Colum Graham: Agro-Nationalismus in Zeiten der Pandemie \(Teil I\)](#)

[Tamara Bülow: Sichere Ernährung: Frauen im Fokus](#)

[Hans Nicholas Jong: Neuer Reis-Plan - alte Fehler? \(Teil I\)](#)

Der Grund, warum die Philippinen so anfällig für steigende Lebensmittelpreise sind, ist in den politischen Entscheidungen zu finden. Hier gab es im Gegensatz zu anderen Ländern keine Schutzmaßnahmen, wie Preiskontrollen oder Barrieren für billige Importe. Die Abhängigkeit von Importen ist ein großes Problem. Die Lösung würde darin liegen, die lokale Produktion zu fördern. Aber wie kann das gehen, wenn Agrarflächen aufgrund von Umwidmungen schrumpfen? Wie kann das gehen, wenn die Agrarreform nur unvollständig umgesetzt worden ist?

Die Philippinen sind landwirtschaftlich geprägt. Viele Bäuer*innen sind auf ihr Land angewiesen, um zu überleben. Unsere Abhängigkeit von Importen wird die Ernährungskrise nicht lösen. Sie macht uns erst recht anfällig dafür.



Dieser Text erscheint unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz](#).